

Allein mit dem Trauma

In Bad Boll trafen sich wütende Bundeswehr-Veteranen

Eine Tagung über und mit Bundeswehr-Veteranen unter das Motto „Draußen vor der Tür“ zu stellen, ist so naheliegend wie doppelbödig. Einerseits beschwört dieser Titel das kollektive Gefühl des Ausgestoßenseins in Wolfgang Borcherts Kriegsheimkehrer-Drama von 1947; und andererseits ist draußen vor der Haustür jener Hindukusch, wo dem Struck'schen Diktum zufolge Deutschlands Freiheit täglich verteidigt wird, sehr fern. Was die Stimmung der ehemaligen Soldaten, die sich zur Diskussion über ihre Lage in Bad Boll versammelt hatten, recht gut auf den Punkt brachte.

Vor der Tür der Zivilbevölkerung werden sie deponiert, nachdem sie ihre friedensunterstützende Schuldigkeit getan haben und nicht mehr im Stande sind, ihre Arbeit zu erfüllen – das ist ein verbreitetes Gefühl. Ist der Soldat nicht mehr einsatzfähig, zeigt sich der Verwaltungsapparat der Bundeswehr sehr bestrebt und findig darin, sich etwaiger Verantwortlichkeit zu entziehen – zu dieser Überzeugung ist zum Beispiel Oberstleutnant a.D. Andreas Timmermann-Levanas gekommen. Da wird ein einsatzbedingtes Trauma gerne auf außerdienstliche, private Ursachen zurückgeführt, erklärt er, die Bitte um medizinische und finanzielle Unterstützung abgewiesen.

Zugegeben: Diese Fälle sind nicht die Norm, und die Gründung seines „Bundes Deutscher Veteranen“ im vergangenen Jahr hat Timmermann-Levanas auch auf eine breitere Basis gestellt: Er wollte alle „neuen Veteranen“ ansprechen – jene insgesamt 300 000 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die Auslandseinsätze absolviert haben. Vom unbewaffneten Küchenhelfer bis zum kampferprobten Talibanjäger – eine stille Gruppe, deren Interessen bislang weder von Bundeswehr noch von ziviler Seite wahrgenommen wurden, von einer politischen Lobby ganz zu schweigen.

Timmermann-Levanas versucht, diese Lücke zu schließen, die ausgeschiedenen Soldaten zu vernetzen. Und letztlich doch: den Kameraden mit Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) zu helfen. Er selbst ist an PTBS erkrankt. 24 Jahre Dienst hinterließen ihre Spuren, Verwundungen an Leib und Seele. Zuletzt war er als ISAF-Pressesprecher in Afghanistan stationiert, dort in mehrere Gefechte verwickelt und das Ziel von Anschlägen. Nach der Diagnose PTBS und dem unfreiwilligen Ausscheiden folgte der nächste Krieg: der gegen die Bundeswehr-Bürokratie. Von einer Fürsorgepflicht für die Soldaten, gerade nach ihrem Ausscheiden, und deren Familien, will man dort seiner Ansicht nach nichts mehr wissen.

Man verweist an Ämter und Behörden, die je nach Bundesland anders heißen und von ihren Aufgaben und Möglichkeiten oftmals gar keine Kenntnis haben. Inkompetenz auf breiter Front: „Was wir im Umgang mit Behörden erleben, ist zum Teil abenteuerlich“ – eine für Timmermann-Levanas' Ausdrucksweise blumig-verhaltene Formulierung. Da fragt die Sachbearbeiterin, ob man die hochwertige Sonnenbrille, deren Verlust man gerne erstattet bekäme, nicht hätte rechtzeitig abnehmen können, also: bevor der Selbstmordattentäter sich wenige Meter entfernt in die Luft sprengte.

Die tiefgreifende Frustration und die Wut der anwesenden Veteranen zieht sich durch die gesamte Tagung, in den Vorträgen wie auch in den privaten Gesprächen. Darüber, dass nach Aktenlage geurteilt wird, dass man zivile fachärztliche Gutachten ignoriert, dass die Bearbeitung eines Antrags bis zu einem Jahr dauert – während es dem Bundesverteidigungsministerium leicht fällt, den Etat für anstehende Werbekampagnen kurzentschlossen aufzustocken. Verbitterung darüber, dass PTBS-Statistiken zurechtgebogen, etliche Fälle herausgerechnet und verschwiegen werden, weil man im Vergleich mit den Nato-Partnern zumindest auf diesem Feld gut aussehen möchte. „Das grundlegende Problem in der

Bundeswehr“, so Timmermann-Levanas, „ist die Unehrlichkeit“. In der Kommunikationskette von der Front hinauf zur Bundesregierung werde schrittweise verharmlost und vertuscht, weil niemand der Überbringer schlechter Nachrichten sein und am Bild einer vermeintlich erfolgreichen Wiederaufbaumaission kratzen will.

Oberstarzt Dr. Peter Zimmermann ist der Leiter des neuen Traumazentrums, das – reichlich verspätet – vergangenes Jahr im Bundeswehrkrankenhaus in Berlin eingerichtet wurde. 720 PTBS-Fälle zählte Zimmermann vergangenes Jahr. Sein eher für Themenneulinge – und nicht für die großenteils sachkundigen Anwesenden – konzipierter Vortrag in Bad Boll erntete heftige Kritik, nicht zuletzt, was die erste Langzeitstudie des Traumazentrums anbelangt. Diese soll Ende März veröffentlicht werden – aber ein Erhebungszeitraum von gerade einmal zwei Jahren schien den Teilnehmern die Bezeichnung Langzeitstudie nicht zu verdienen. Sie fragten auch, warum die geschätzte Dunkelziffer so auffallend niedrig ausfällt: Die Bundeswehr vermutet PTBS bei 5% aller Veteranen.

Wieso soll diese Quote niedriger sein als bei allen anderen Nato-Partnern? Und dauert es wirklich nur zwölf Monate zwischen Traumaerlebnis und Ausbruch

Verleugnet die Bundeswehr ihre kranken Veteranen, um vor den Nato-Partnern gut auszusehen?

der Symptomatik, wie die Lehrmeinung der Bundeswehr-Ärzte annimmt? Selbst Mitarbeiter von Zimmermanns Traumazentrum sprechen von einer durchschnittlichen Dauer von viereinhalb Jahren. Zu diesem Zeitpunkt sind vor allem Zeitsoldaten – diese werden bald das Gros der umstrukturierten Bundeswehr stellen – bereits ausgeschieden und vom Betreuungssystem entkoppelt. Und in den Bürokratiedschungel abgeschoben.

„Gegenüber der Regierung können wir nur Empfehlungen aussprechen“, verteidigt sich Zimmermann. Doch hätten Bundeswehr und Regierung längst auf das Wissen der amerikanischen Armee zurückgreifen können – auf Langzeitstudien mit 300 000 Soldaten, die PTBS bei jedem vierten Soldaten vermuten lassen, von schwächeren, PTBS-ähnlichen Syndromen ganz zu schweigen. Auch in der Praxis, Familienmitglieder mitzuversichern und mitzubehandeln, erscheinen die Amerikaner fortschrittlicher – während die Angehörigen hierzulande lange warten müssen, bis die langsamen Mühlen ihrer jeweiligen Krankenkasse gemahlen haben.

Die abschließende Diskussion mit Mitgliedern des Verteidigungsausschusses war vor allem eines: unvollständig. So hatten die Vertreter der Regierungsparteien kurzfristig abgesagt und keinen Ersatz entsandt. Drei Vertretern der Oppositionsparteien sicherten zu, sich nach dem Verbleib eines Gesetzesentwurfes zu erkundigen. Dieser wurde im Oktober eingereicht und beinhaltet zahlreiche Verbesserungen für die Situation der Veteranen. Doch das Gesetzesvorhaben geistert seitdem im Verteidigungsministerium herum und harrt seiner Umsetzung. Aus dem Bendlerblock dringt nach Aussage von Tagungsteilnehmern unter der Hand die Kunde, man wolle dort einige Punkte partout nicht umsetzen, sich dem Regierungsauftrag heimlich verweigern.

Hoffnungen setzen die Veteranen nun in den neuen Verteidigungsminister Thomas de Maizière und diverse Neubesetzungen, die dieser gleich nach seinem Amtsantritt vorgenommen hat. Doch bis auf weiteres muss das Thema wohl mit den Worten überschrieben werden, die schon Borcherts Drama als Untertitel dienten: „Ein Stück, das kein Theater spielen und kein Publikum sehen will.“

MARKO PFINGSTTAG